

# Bulgarien

Johanna Deimel

Bulgarien ante portas... Und doch kommt keine Freude auf. Es ist, als wäre zu einem Familienfest geladen, die Einladungen schon lange verschickt, und jetzt, kurz vor dem Termin fürchtet sich die Großfamilie vor den Neuankömmlingen. Aller Voraussicht nach müssen Bulgarien und Rumänien noch einen Diätplan einhalten, wenn sie 2007 der EU beitreten sollten. Denn der Bericht der EU-Kommission vom Oktober 2005 zeigte Bulgarien die Gelb-Rote Karte, wobei Justiz und innere Sicherheit die Kernbereiche der Kritik ausmachten und der Ton insgesamt ungewöhnlich scharf war. Zudem sind die gescheiterten Referenden zur Europäischen Verfassung ein Faktor, weshalb die Stimmung in den EU-Mitgliedstaaten grundsätzlich gegenüber der EU-Erweiterung gedämpft ist. Von einer „Erweiterungsfalle“ ist die Rede, weil Bulgarien und Rumänien 2004 ein fester Beitrittstermin genannt worden war. Wenn gleich eine Schutzklausel für Bulgarien die Verschiebung des Beitritts um ein Jahr bei einstimmigem Votum aller EU-25 vorsehen könnte, gilt dies als unwahrscheinlich, da sich Polen und Großbritannien für den Beitritt Bulgariens zum 1. Januar 2007 ausgesprochen haben.

Die bulgarische Ministerin für Europäische Integration, Meglena Kuneva, erstaunte mit ihrer Bewertung des EU-Berichts vom Oktober. Ihrer Ansicht nach hätte der Bericht noch kritischer ausfallen können, da weder die Umwelt- noch die Sozialpolitik zu den massiv beanstandeten Feldern gehörten. Die Ministerin bewertete ihn als „ermutigendes Zeichen für die bulgarische Regierung“, konsequent weiter zu arbeiten<sup>1</sup>. Auf die Gelb-Rote Karte folgte im Mai 2006 die Gelbe. Im Monitoring-Bericht der EU Kommission ist nun von sechs Bereichen die Rede, die Anlass zu „ernster Besorgnis“ geben: die Einführung eines integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems in der Landwirtschaft (InVeKos); Errichtung von Tierkörpermüllstellen und -beseitigungsanlagen; deutliche Belege für die Ergebnisse bei den Ermittlungen gegen die organisierte Kriminalität und deren strafrechtliche Verfolgung; wirksamere und effizientere Anwendung der Gesetze über die Betrugs- und Korruptionsbekämpfung; Verschärfung der Durchsetzung der Geldwäschebekämpfung; und die Verschärfung der finanziellen Kontrolle für die künftige Verwendung der Strukturfonds und des Kohäsionsfonds.<sup>2</sup>

## Justiz und Inneres

Mit als Ergebnis des Drucks aus Brüssel wurde im März 2006 die Verfassungsänderung angenommen, wonach jetzt die Immunität der Abgeordneten auch bei kleineren Strafdelikten aufgehoben werden kann. Obwohl die Verfassungsänderung im Grundsatz seitens der EU begrüßt wird, richtet sich die Kritik gegen die Rolle des Justizministers, die eine Unabhängigkeit des Justizwesens nicht gewährleisten kann, weil er den Haushaltsplan festlegt und über Beförderungen und Entlassungen entscheidet.<sup>3</sup> Im Kampf gegen das organisierte Verbrechen

---

1 The Sofia Echo, 31.10.2005.

2 Mitteilung der Kommission. Monitoring Bericht über den Stand der Beitrittsvorbereitungen Bulgariens und Rumäniens. Brüssel, den 16.5.2006 KOM (2006) 214 endgültig.

3 16.05.2006 KOM (2006), a.a.O., S. 6f.

wurde eine Umstrukturierung des Innenministeriums beschlossen. Von der Reform sind 95% des Innenministeriums betroffen, doch fehlt es an qualifiziertem Personal. Erfreut wurde in Bulgarien die Nachricht der Weltbank aufgenommen, wonach eine signifikante Verbesserung bei der Korruption eingetreten sei.<sup>4</sup> Die Frage allerdings, wie viel vom Aktionsplan der Regierung im Kampf gegen die Korruption nur auf dem Papier steht, ist offen. 173 Auftragsmorde seit 1990 sind ungeklärt. Sogar von Verbindungen zwischen Politik und kriminellen Strukturen, von „strukturell verankerter Korruption und Kriminalität“, war in einem in Brüssel in Umlauf gebrachten Papier die Rede.<sup>5</sup> Wie sehr hier der Druck von außen gewünscht ist, zeigen Umfragen, wonach sich die Bulgaren zu 61% von der EU Unterstützung im Kampf gegen das organisierte Verbrechen erhoffen.<sup>6</sup>

Der neue Generalstaatsanwalt, Boris Velcev, will das Justizwesen stärken. Im Juni 2006 legte er einen Bericht vor, wonach Staatsanwälte bewusst Verfahren verschleppten, oder auf untergeordnete Kollegen Druck ausgeübt haben sollen. Damit tritt er offensiv an gegen die ineffiziente Strafverfolgung und für die Stärkung der Leistungsfähigkeit der Staatsanwaltschaft. Der Kampf gegen die organisierte Kriminalität bedarf auch der Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit. Bulgarien ist das einzige post-kommunistische Land, das bislang den Zugang zu den Stasiakten verweigert. Vermutungen gehen dahin, dass ehemalige Stasi-Agenten heute in hohen politischen Ämtern sitzen und/oder zu den Gründern krimineller Gruppierungen gehören, die sich den für den EU-Beitritt notwendigen Reformen entgegenstellen.<sup>7</sup> In einem offenen Brief an EU-Kommissar Rehn wird appelliert, die Akten zu öffnen – im Interesse Bulgariens und Europas. Die ehemalige Staatssicherheit nutze die Kanäle der organisierten Kriminalität, sei in Waffen-, Drogen- und Menschenhandel verwickelt. Die Auftragsmorde, darunter die Ermordung von Ilija Pavlov, sowie des Bankers Emil Kjulev – beide ehemalige Kadermitglieder der Staatssicherheit, legten hierüber Zeugnis ab.<sup>8</sup>

### Wirtschaft

Positive Einschätzung erfährt Bulgarien durch die EU-Kommission bei den Wirtschaftsreformen, insbesondere bei den staatlichen Subventionen. Bulgarien hat hier das Klassenziel als Klassenbester erreicht, denn mit nur 0,36% Anteil der Subventionen am BIP steht das Balkanland weit besser da als die zehn EU-Beitrittsländer von 2004.<sup>9</sup> Ebenso positiv ist, dass Bulgarien schon heute die Maastricht-Kriterien für den Beitritt zur Eurozone erfüllt. Das Balkanland hatte 2005 sogar einen Budgetüberschuss von ca. 2% des BIP, der zum Teil zur Tilgung von Auslandsschulden eingesetzt werden konnte.<sup>10</sup> Besorgniserregend hoch ist das Leistungsbilanzdefizit in Höhe von 15% des BIP im Jahr 2005. Die Wirtschaft wächst weiter und weist ein hohes reales Wachstum von 5,5% im Jahr 2005 auf, das im Wesentlichen auf eine hohe Binnennachfrage zurückzuführen ist. Hohe Wachstumsraten aber sind für die Bulgaren dringend notwendig. Die Einkommen erreichen noch immer nur 31,8% des EU-25-Durchschnitts, die Arbeitsproduktivität lediglich 32,5%.<sup>11</sup>

---

4 James H. Anderson/Cheryl W. Gray: Anticorruption in Transition 3. Who is succeeding and why. The World Bank, 2006.

5 Neue Zürcher Zeitung, 21./22.01.2006, S. 4; Frankfurter Allgemeine, 02.01.2006, S. 1.

6 Evrobarometr 65.2; (2006) nacionalen doklad Blgarija.

7 International Harald Tribune, 02.06.06.

8 Dnevnik, 02.07.2006.

9 Der Standart, 28.03.2006.

10 Deutsche Bank Research: Beiträge zur europäischen Integration. EU-Monitor 32, 16. März 2006.

11 Institute for Market Economics, Bulgaria: Economic Policy Review, April 2005.

## Landwirtschaft und ethnisches Modell

Geharnischte Kritik seitens der EU musste Bulgarien bei Finanzmanagement und -kontrolle einstecken. Ohne entsprechend funktionierende Strukturen muss Bulgarien damit rechnen, dass die zu erwartenden Gelder aus ISPA und PHARE ausbleiben. Die Einführung des InVe-Kos liegt weit hinter den notwendigen Implementierungsmaßnahmen zurück. Die Erfassung der landwirtschaftlichen Parzellen bietet Anlass zur Sorge. Seit Ende 2005 bis Juni 2006 wurden nur 60.000 Landwirte registriert, viel zu wenig, wie die Zeitschrift „Kapital“ moniert, damit blieben viele Landwirte außerhalb der Finanzhilfen.<sup>12</sup> Auch im Veterinärwesen besteht dringender Handlungsbedarf bei der Tierkörperbeseitigung. Ein nicht gewährleisteter sorgsamer Umgang mit EU-Geldern bahnt sich auch bei den Kommunen an. Wie eine UNDP Studie im Juli 2006 feststellt, sind diese sogar noch weniger vorbereitet als im Jahr 2004, obwohl 60% der Stadtverwaltungen und sogar 80% der offiziellen Vertreter der Regionen der Ansicht sind, dass gerade sie zu den prioritären Empfängern von Finanzmitteln aus dem EU-Topf gehören.<sup>13</sup> Massive Kritik über die unsachgemäße Verwendung von EU-Fördergeldern bei Projekten richtete zudem der Europäische Rechnungshof an die Adresse des Balkanstaats, räumte allerdings ein, dass mittlerweile viele Schwächen im System beseitigt worden seien.<sup>14</sup>

Die EU-Kommission mahnt insgesamt an, dass in Bulgarien der Umgang mit Minderheiten verbessert werden müsse. Eine repräsentative Umfrage vom Juni 2005<sup>15</sup> zu den interethnischen Einstellungen unter der bulgarischen Mehrheitsbevölkerung im Alter zwischen 18 bis 70 legt nahe, dass rassistische, xenophobe und anti-semitische Vorurteile unter den Bulgaren weit verbreitet sind. Von ethnischer Toleranz, gar einem positiv zu belegendem „Bulgarischen ethnischen Modell“, bleibt wenig übrig. Nicht nur das Wahlergebnis von „Ataka“ legt den Schluss nahe, dass die inter-ethnische Toleranz nicht in der Gesellschaft verankert ist. Wenngleich die Immunität von Volen Siderov, dem Vorsitzenden der nationalistischen Partei Ataka, im Juli 2006 aufgrund eines Strafverfahrens aufgehoben wurde, gewinnt seine Partei weiter an Zustimmung. Doch ist es nicht nur Ataka, die im nationalistisch, populistischen Terrain auf Stimmenfang geht. Der Sofioter Bürgermeister, Bojko Borissov, gründete im Juni 2006 die Bewegung „Bürger für die europäische Entwicklung Bulgariens“ (GERB= Wappen). Borissov hat einen Streit um die Moschee in Sofia vom Zaun gebrochen, an den sich Ataka anhängte und binnen kürzester Zeit 35.000 Unterschriften zusammenbrachte.

## Energie und Atomkraft

Beinahe resignierend hält der Kommissionsbericht vom Mai 2006 fest, dass Bulgarien „die Schritte, die zum endgültigen Rückbau der 2002 abgeschalteten Blöcke 1 und 2 notwendig sind, bisher noch nicht unternommen (...) und keine konkreten praktischen und veraltungstechnischen Maßnahmen zur endgültigen Stilllegung der Blöcke 3 und 4 im Jahr 2006“ ergriffen habe.<sup>16</sup> Ganz im Gegenteil – das Atomkraftwerk Kozloduj läuft weiter, und das trotz eines Störfalls in Block 5 Anfang März 2006, bei dem das Werk regelwidrig eine Stunde lang weiter in Betrieb war. Die Angst, von externen Energieimporten abhängig zu sein und zugleich der Wunsch, sich als Energielieferant für die benachbarten Balkanländer

12 Vestnik Kapital, Nr. 25, Juni 2006.

13 <http://www.bgnewsnet> vom 26.07.2006.

14 Süddeutsche Zeitung, 22.06.2006.

15 BHC, Obektiv Issue 123. <http://www.bghelsinki.org>.

16 Monitoring Bericht 16.5.2006 KOM (2006), a.a.O., S. 32f.

zu etablieren, sind groß. Ganz dieser Logik verhaftet, setzt das Land weiter auf Atomkraft und verhandelt derzeit mit der russischen Firma „Atomstrojekспорт“ und dem tschechischen Konsortium „Skoda aliens“ über den Bau eines neuen Atomkraftwerks „Belene“.<sup>17</sup> Ob es sinnvoll ist, „Risiken zu importieren, um Strom exportieren zu können“, so Rebecca Harms, ist wirklich die Frage.<sup>18</sup> Denn in Bulgarien stehen Energie und Energieeffizienz weiterhin in einem Spannungsverhältnis. Das Nationale Elektrizitätsunternehmen (NEK) warnte Ende März 2006 davor, dass im Zuge der bevorstehenden Liberalisierung des Energiemarkts in Bulgarien und der Schließung der Reaktorblöcke 3 und 4 die Strompreise erneut drastisch angehoben würden. Nicht erwähnt wurde, dass die Strompreise – ob für die Industrie oder private Haushalte – in Bulgarien zu den niedrigsten in Europa gehören. Ohne preisliche Regulierung sehen Experten keinen Handlungsdruck, um den enorm hohen Energieverbrauch zu reduzieren und alternative Energien zu nutzen.<sup>19</sup>

### Im Galopp auf die Zielgerade in Richtung EU

Der nächste und entscheidende Bericht der EU-Kommission wird für den 26. September 2006 erwartet. Damit könnte er in die heiße Phase des Wahlkampfes um die Präsidentschaft (22.10.2006) fallen und erheblichen Einfluss auf die Wähler ausüben. Nach Umfragen liegt der amtierende Präsident Georgi Parvanov (BSP) mit 42,1% vor dem Sofioter Bürgermeister Boiko Borissov 14,8%. Die Kandidaten werden es in jedem Fall schwer haben, Gehör zu finden, denn nur wenige werden zur Wahl gehen. Auf die Frage, ob sie die Demokratie im eigenen Land als zufrieden stellend beurteilten, gaben laut Eurobarometer nur 22% der Bulgaren eine positive Antwort.<sup>20</sup> Wenngleich der näher rückende Beitritt auch Ängste in der Bevölkerung generiert, dass Bulgarien mit der EU-Mitgliedschaft verlieren könnte, ist man mehrheitlich der Meinung, dass das Land 2007 beitreten wird, allerdings mit Schutzklauseln (83%).<sup>21</sup>

Klar ist, dass Bulgarien die nächsten drei Jahre weiterhin strengen Kontrollen unterliegen wird. In Bulgarien geht die Regierung davon aus, bis zum nächsten und entscheidenden Bericht der Kommission im September etwa 40% der im Aktionsplan festgelegten Maßnahmen in Gang gesetzt zu haben. EU-Kommissar Rehn gab die Marschroute vor, als er sagte: „Im Sommer 2005 mussten die Abgeordneten auf ihren Urlaub verzichten, 2006 sollte das für die Staatsanwälte und Richter gelten. Wir wollen keine Treibjagd auf potentielle Haftkandidaten, aber wir wollen sicherstellen, dass die Länder ein funktionierendes Justizwesen haben.“<sup>22</sup> Bulgariens Außenminister Ivailo Kalfin zeigte sich in einem Interview zuversichtlich: „Es gibt eine Gepflogenheit in Bulgarien: Wir arbeiten wunderbar, aber vor Torschluss.“<sup>23</sup>

### Weiterführende Literatur

Gabanyi, Anneli Ute: Rumänien und Bulgarien – EU-Beitritt 2007 mit Auflagen (SWP-aktuell/27/2006), Berlin 2006.

Mitteilung der Kommission. Monitoring Bericht über den Stand der Beitrittsvorbereitungen Bulgariens und Rumäniens. Brüssel, den 16.5.2006 KOM (2006) 214 endgültig.

---

17 Kapital, Nr. 28, Juli 2006.

18 [http://www.europarl.de/presse/pressemitteilungen/quartal2005\\_2/presse2005\\_047](http://www.europarl.de/presse/pressemitteilungen/quartal2005_2/presse2005_047).

19 Institute for Market Economics, Bulgaria: Economic Policy Review, April 2005.

20 Bulgarien bildet hier mit Kroatien (22%) das Schlusslicht. Innerhalb der EU-25 antworteten im Schnitt 56% positiv. Eurobarometer, Nr 65/Juli 2006.

21 Dnevnik, 25.05.2006.

22 International Herald Tribune, 20.06.2006.

23 Süddeutsche Zeitung, 08.02.2006, S. 6.